



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Kerstin Tack

Hannover im Herzen.
Deutschland im Blick.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und ein erfolgreiches, gesundes und glückliches Jahr 2020.

Nach langen Verhandlungen steht jetzt fest: Die Grundrente kommt. Dank der SPD werden rund 1,5 Millionen Menschen die Grundrente erhalten – und damit ungefähr zehnmal mehr, als von dem Konzept der Union profitiert hätten.



Eines der zentralen Versprechen des Sozialstaats ist: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter besser dastehen, denn das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Lebensleistung anerkannt wird – das hat die SPD immer wieder klargestellt. Und wir haben uns durchgesetzt: Künftig erhalten sie eine Grundrente, die diesem Ziel auch gerecht wird.

Wer 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, aber nur zwischen 30 und 80 Prozent des durchschnittlichen Einkommens verdient hat, bekommt ab 2021 die Grundrente – also einen Zuschlag zur „normalen“ Rente.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Herbst hat stürmische und kühle Tage. Diese erleben wir aktuell auch in der SPD. Die verlorene Oberbürgermeisterwahl in Hannover hat mich schockiert und muss dringend analysiert und besprochen werden. Wichtig ist aber auch, dass es in den nächsten Monaten zu konstruktiven Gesprächen und einer klaren inhaltlichen Aufstellung für die SPD in Hannover, insbesondere mit Blick auf die Kommunalwahl 2021 kommt.

Aber auch die Wahl eines Teams für den SPD-Parteivorsitz und der Bundesparteitag geben viel Anlass zu Gesprächen und zum Austausch. Der Parteitag wird in mehrerer Hinsicht Beschlüsse für die künftige inhaltliche Ausrichtung der SPD fassen, so zum Sozialstaat der Zukunft, zur Steuerpolitik, zur Außen- und Friedenspolitik und zur ökologischen Herausforderung. Wir alle sind gut beraten, diese neue Positionsbestimmung im Rahmen unserer Möglichkeiten in Gesprächen mit Vereinen, Verbänden, Kolleginnen und Kollegen oder im privaten Kontext vorzustellen und zu diskutieren. Jede und jeder von uns trägt Verantwortung dafür, dass wir in den nächsten Monaten mit Inhalten öffentlich wahr-

genommen werden und nicht mit Personaldebatten. Dies gilt für alle Ebenen.

Mit dem Beschluss zur Grundrente konnte sich die SPD nun auch in der Bundesregierung klar durchsetzen und wird dieses Vorhaben nun für rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland gesetzlich verankern. Ein großartiger Erfolg für die Menschen, die lange gearbeitet, Kinder erzogen oder gepflegt haben. Für diese Menschen haben wir uns als SPD stark gemacht. Für diese Menschen werden wir eine bessere Absicherung im Alter schaffen. Das ist Anspruch und Auftrag einer SPD und wir werden liefern.

Auch nach der Wahl einer neuen Parteispitze in Hannover und im Bund, sowie nach den Parteitagen in Hannover und Berlin bleibt der Auftrag an uns alle, miteinander und zusammen für die Menschen in Hannover und Deutschland gute Politik umzusetzen. Dies und nur dies ist unsere Aufgabe. Deshalb heißt es jetzt zusammenstehen und geschlossen für die Sozialdemokratie zu werben. Jetzt erst recht!

Herzlichst Ihre und Eure **Kerstin Tack**

Fortsetzung auf Seite 2

Endlich ist Schluss mit der Ausbeutung in der Paketbranche

Paketdienste müssen künftig dafür haften, wenn Subunternehmen sich nicht an die Regeln halten. Pünktlich zum Weihnachtsgeschäft soll die Nachunternehmerhaftung in der Paketbranche in Kraft treten.

In Deutschland werden so viele Pakete verschickt wie in kaum einem anderen Land: 24 Sendungen pro Kopf und Jahr. Grund ist der anhaltende Boom des Online-Handels. Nur die Chinesen versenden jährlich noch mehr Pakete pro Person.

Das Problem: Der Boom in der Paketbranche ging bisher oft zu Lasten der Beschäftigten. Denn einige Paketdienste arbeiten fast ausschließlich mit Subunternehmen zusammen, die sich nicht immer an die Regeln halten. Kontrollen des Zolls haben ergeben: Die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche sind zum Teil katastrophal, Paketbotinnen und Paketboten werden um den Arbeitgeberanteil für Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung betrogen, ohne, dass sie es wissen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Damit muss Schluss sein. Deshalb haben wir uns erfolgreich für ein Paketboten-Schutz-Gesetz eingesetzt, das noch vor dem Beginn des Weihnachtsgeschäfts in Kraft trat. Denn nun sind eine halbe Million Zustellerinnen und Zusteller unterwegs – statt wie sonst 240.000. Und die Paketdienste greifen besonders stark auf Subunternehmen zurück.

Mit dem Gesetz müssen künftig die Hauptunternehmen dafür haften, wenn von ihnen beauftragte Subunternehmen die Sozialabgaben für ihre Beschäftigten nicht zahlen. Damit stellen wir nicht nur sicher, dass die Paketbotinnen und Paketboten erhalten, was ihnen zusteht, sondern wir bewegen die großen Paketdienste auch dazu, sich um seriöse Subunternehmen zu kümmern. Mit ähnlichen Haftungsregelungen haben wir schon in der Baubranche und der Fleischwirtschaft dafür gesorgt, dass sich die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern.

Nun hat auch der Bundesrat Anfang November grünes Licht gegeben, sodass wir mit dem Paketboten-Schutz-Gesetz wirksam für die soziale Absicherung der Beschäftigten sorgen und den fairen Wettbewerb stärken.

Die Grundrente kommt.

Vor allem Frauen werden davon profitieren, denn viele haben der Familie wegen nur Teilzeit gearbeitet – oder in Berufen, in denen viel verlangt, aber trotzdem wenig verdient wird. Auch viele Ostdeutsche, die oft besonders lange, aber zu niedrigen Löhnen gearbeitet haben, werden die Grundrente erhalten.

Ein besonders großer Erfolg der SPD: Niemand muss zum Sozialamt gehen, die Grundrente wird ganz automatisch von der Rentenversicherung an diejenigen ausgezahlt, die die Voraussetzungen erfüllen. Denn die Grundrente ist keine Mildtätigkeit und keine Sozialleistung. Sie ist eine Rente, die sich die Menschen durch ihre Lebensleistung erworben haben. Deshalb folgt sie auch der Logik der Rente, nach der nur die erreichten Beitragsjahre ausschlaggebend sind - und nicht das Vermögen.

Flankiert wird die Grundrente durch Freibeträge im Wohngeld und bei der Grundsicherung. Denn vor allem dort, wo die Lebenshaltungskosten hoch sind, muss das Geld auch zum Leben reichen.

Soziales Entschädigungsrecht (SER): bessere Hilfe für Gewaltopfer

Am 7. November 2019 hat der Deutsche Bundestag das neue **Sozialgesetzbuch XIV** beschlossen.

Wir schaffen damit ein transparentes und klar strukturiertes Entschädigungsrecht (SER) vor allem für die Opfer von Gewalttaten. Es ersetzt das bisherige hoch komplexe Recht des Bundesversorgungsgesetzes (BVG), des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) und weitere Regelungen.

Opfer einer Gewalttat haben Anspruch auf Entschädigung durch den Staat. Diese Leistungen werden nun verbessert. Die monatlichen Entschädigungszahlungen werden erhöht, und es werden neue schnelle und unbürokratische Hilfen eingeführt. Inländische und ausländische Gewaltopfer werden gleichgestellt.

Mit dem neuen SER erhalten erstmals auch Opfer psychischer Gewalt, wie durch Stalking oder Menschenhandel, einen Anspruch auf Leistungen. Im Gesetzgebungsverfahren haben wir klargestellt, dass insbesondere auch Opfer von sexuellem Missbrauch ein Recht auf Leistungen der sozialen Entschädigung haben.

Außerdem wird es im SER eine Beweiserleichterung geben, die vor allem Opfern sexueller oder psychischer Gewalt zugutekommt. Für sie ist es nicht immer einfach nachzuweisen, dass ihre gesundheitlichen Beeinträchtigungen auf eine oft schon Jahre zurückliegende Schädigung zurückzuführen sind.

Künftig werden bundesweit **Trauma-Ambulanzen** für Opfer von Gewalttaten eingerichtet. Sie bieten flächendeckend niederschwellig und bereits kurz nach der Tat psychotherapeutische Beratung an. Fallmanager unterstützen und begleiten die Betroffenen bei allen notwendigen Antragsstellungen.

Das neue Recht soll am 1. Januar 2024 in Kraft treten, um den Verwaltungen der Länder genügend Zeit zur Umstellung zu geben. So lange können viele der Opfer aber nicht warten. Deshalb werden einige Regelungen rückwirkend zum 1. Juli 2018 in Kraft treten. Es handelt sich um die Regelungen, durch die die Situation von Gewaltopfern, vor allem Terroropfern, verbessert werden soll. Die Trauma-Ambulanzen starten bereits im Jahr 2021.

Von den Leistungsverbesserungen profitieren auch Opfer von Gewalttaten nach dem Opferentschädigungsgesetz, Opfer künftiger Kriegsauswirkungen beider Weltkriege (z. B. Verletzungen durch Blindgänger), geschädigte Zivildienstleistende nach dem Zivildienstgesetz sowie Menschen mit Impfschäden nach dem Infektionsschutzgesetz.

Interview mit Matthias Brodowy

1. Seit 30 Jahren bist du nun auf Kabarett- und Kleinkunsthöfen eine feste Instanz und dein Programm bringt die Menschen nicht nur in Hannover zum Schmunzeln und zum Nachdenken. Wie sehen deine nächsten 30 Jahre aus?

Ich hoffe, weiterhin so vielschichtig arbeiten zu können. Einerseits auf der Kabarettbühne, andererseits möchte ich weiterhin Bücher schreiben. Vor allem will ich wieder mehr Musik machen und mit einer wirklich tollen Band ein Album (und dann noch mehr) aufnehmen. Von Hause aus bin ich ja eigentlich Musiker. Und mit Band macht es einfach mehr Spaß als nur alleine am Klavier. In 30 Jahren bin ich 77. Meine Rockphase sollte ich also tendenziell zeitnah anvisieren. Langfristig ist mein Hauptziel natürlich, am Ende meines Lebens länger auf der Bühne gestanden zu haben als Johannes Heesters.

2. Du sprichst oft politische und gesellschaftskritische Themen im Kabarett an. Was ist das Thema, das dich momentan am meisten umtreibt und wo sollte die Politik handeln?

Die Zerrissenheit unserer Gesellschaft, die Verrohung der Sprache und des Handelns, der Hass, der sich so ungefiltert breit macht - das alles macht mir Sorge und ist - leider - Stoff für die Kabarettbühne. Geschichte wiederholt sich nicht, aber Strukturen wiederholen sich. Anscheinend fehlt elementares historisches und politisches Wissen. Oder aber, was noch schlimmer ist, historische Tatsachen werden geleugnet und umgekehrt. Das ist eine gefährliche Entwicklung, der man vor allem mit mehr Bildungsmöglichkeiten begegnen kann. Seit Jahrzehnten wird viel zu wenig dafür getan. Wir müssen als Gesellschaft verstehen, wie wichtig Schule ist, wie wichtig Bildung ist. Hier muss die Gesellschaft mehr fordern und die Politik viel entschiedener handeln.

Kabarett kann keine Revolution anzetteln - will ich auch gar nicht, ich war noch nie so der revolutionäre Typ -, aber Kabarett kann mahnen und im Zweifel auch auf humorvolle Weise Nachhilfe erteilen.

3. Du bist auch abseits der Bühne sehr engagiert, zum Beispiel im Hospizdienst, bei den Special Olympics oder für nierenkran-



Foto: Tomas Rodriguez

ke Kinder. Woher nimmst du deine Motivation und wie würdest du auch andere motivieren, sich mehr zu engagieren?

Ich habe schon früh in unserer Kirchengemeinde Engagement gelernt, sei es, wenn wir als Kinder- oder Jugendgruppe das benachbarte Seniorenheim oder die Lebenshilfe besucht haben. Es ist dadurch irgendwie selbstverständlich geworden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Es macht auch Spaß und ich bekomme sehr viel zurück. Insbesondere die Hospizidee liegt mir sehr am Herzen. Schwerstkranken und sterbenden Menschen durch eine palliative medizinische Betreuung und Menschen, die an ihrer Seite sind, die letzten Tage oder Wochen ihres Lebens so schön wie nur möglich zu gestalten, das hat sehr viel mit Würde zu tun. Auch hier braucht es mehr Engagement von Politik und vor allem der Gesellschaft.

Stärkung der Arbeitnehmerrechte: Betriebsrätekonferenz in Berlin



300 Betriebsräte in Berlin

Gute Arbeit braucht starke Arbeitnehmerrechte ohne Hintertür. Wie diese erreicht, angewendet und immer wieder neu durchgesetzt werden können, stand im Mittelpunkt der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, die am Montag, den 4. November, stattfand. Rund 300 Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland waren zu Gast, darunter auch vier Betriebs- und Personalräte aus Hannover.

„Für gute Arbeit müssen Politik und Arbeitnehmervertretungen an einem Strang ziehen – und zwar mit voller Kraft. Es ist ein ständiges Wechselspiel: Die Politik braucht die Erfahrung der Arbeitnehmervertretungen für die Gesetze, die gemacht werden. Die Betriebsräte wiederum brauchen die Politik, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gesetzlich der Rücken

gestärkt wird. Deshalb ist unsere Betriebs- und Personalrätekonferenz seit vielen Jahren ein echtes Erfolgsmodell“, so Kerstin Tack.

Um gute Arbeit zu gewährleisten, müssen gerade jetzt die Veränderungen in der Arbeitswelt mitgedacht werden. „Wie gehen wir mit mobiler Arbeit um? Braucht es im Arbeitszeitrecht mehr Flexibilität? Wie kann in Zeiten der Plattformökonomie die Gründung eines Betriebsrates erleichtert werden? Das sind die Fragen, auf die wir dringend eine Antwort finden müssen“, so Tack.

Es sei deshalb gut, dass man so viele Experten hatte an Bord holen können: „Frank Werneke, der Vorsitzende von ver.di, hatte seine Sicht auf diese Fragen dargestellt. Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, Professorin Ute Klammer vom ‚Institut Arbeit und Qualifikation‘ und der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich haben ihre Expertise eingebracht. Das Interesse ist groß, hier zu Antworten zu kommen“, so Tack, die die Veranstaltung moderiert hatte. „Das zeigt ja schon alleine die Tatsache, dass rund 300 Betriebsräte an der Konferenz teilgenommen haben.“

Eins sei auch in der Podiumsdiskussion zu Arbeitnehmerrechten der Zukunft klar geworden: Unbefristete Arbeitsverhältnisse müssten wieder zur Regel werden, Befristungen mit Sachgrund gehörten auf den Prüfstand, ebenso wie das Teilzeitrecht. „Wir haben in dieser Wahlperiode die Brückenteilzeit und das Rückkehrrecht in Vollzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeführt. Das wollen wir weiter ausbauen. Dass das notwendig ist, hat sich auch im Gespräch mit vier Betriebs- und Personalräten aus Hannover gezeigt“, so Tack. „Ich freue mich, dass sie nach Berlin gekommen sind, um gemeinsam mit uns gute Arbeit und gute Mitbestimmung zu gestalten.“



Matthias Schrader und Karin Gödecke mit Kerstin Tack

Angehörigen-Entlastungsgesetz beschlossen – deutliche Verbesserungen bei der Sozialhilfe, mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Ein Pflegefall in der Familie ist eine große Herausforderung für Angehörige. Häufig findet die Versorgung und Unterstützung parallel zur eigenen Arbeit und Kindererziehung statt. Das stellt eine emotionale, logistische und bisher oft auch finanzielle Belastung dar. Denn bislang müssen Angehörige für den Unterhalt und damit für die Pflegekosten ihrer pflegebedürftigen Eltern oder Kinder aufkommen, wenn diese Hilfen zur Pflege erhalten.

Mit dem am 7. November 2019 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Angehörigen-Entlastungsgesetz nehmen wir ihnen diese finanzielle Belastung und auch die Sorge, dass es überhaupt dazu kommen könnte, ab. Auf das Einkommen unterhaltsverpflichteter Menschen, deren Kinder oder Eltern Leistungen der Hilfe zur Pflege oder andere Leistungen der Sozialhilfe erhalten, wird in Zukunft erst ab einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro (brutto) zurückgegriffen. Das trifft auf

circa zwei Prozent der Gesamtbevölkerung zu und bedeutet, dass 98 Prozent der Bürgerinnen und Bürger nun keine Angst mehr vor Armut durch Pflegekosten ihrer Angehörigen haben müssen.

Bei Angehörigen von volljährigen Menschen mit Behinderungen, die Eingliederungshilfe nach dem neunten Sozialgesetzbuch erhalten, fällt der Rückgriff auf das Einkommen sogar vollständig weg.

Für Menschen mit Behinderungen ermöglicht das Gesetz darüber hinaus mehr Teilhabe: Das Erfolgsmodell der ergänzenden unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) wird entfristet und gestärkt. In den unabhängigen Beratungsstellen werden Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige insbesondere durch Menschen mit Behinderungen beraten (sogenanntes „Peer Counseling“). Dadurch wird ein partnerschaftlicher und niedrigschwelliger Austausch auf Augenhöhe ermöglicht. Die kostenfreie Beratung umfasst alle Rehabilitations-

und Teilhabeleistungen und informiert über mögliche Leistungsansprüche nach den Sozialgesetzbüchern, zu Ansprechpartnern und den zuständigen Rehabilitationsträgern. Bisher war dieses Angebot bis zum 31. Dezember 2022 befristet. Mit dem neuen Gesetz gibt es die Stellen nun dauerhaft, und es steht auch mehr Geld für die EUTB zur Verfügung.

Zudem führen wir mit dem Gesetz ein Budget für Ausbildung ein, mit dem Menschen mit Behinderungen dabei unterstützt werden, eine betriebliche Ausbildung außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen aufzunehmen.

Damit wird deutlich: Bei diesem Gesetz ist der Name Programm. Es entlastet Angehörige und leistet einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. So geht moderne, sozialdemokratische Sozialpolitik.

Besuch bei „Hallo Einstein“ und beim Jubiläum 20 Jahre Nachbarschaftsdienstladen, NaDiLa Sahlkamp

Am 30. Oktober 2019 besuchte Kerstin Tack zusammen mit der SPD-Regionsabgeordneten Regina Hogrefe die Bildungsinitiative „Hallo Einstein“. Die Leiterin Erika Bartels empfing die beiden Politikerinnen zu einem Gespräch über ihre Arbeit und die Rahmenbedingungen bzgl. des Bildungs- und Teilhabepakets. Außerdem waren bei dem Gespräch noch Petra Volk vom Kulturtreff Roderbruch und Rahel Stank dabei, die die Hausaufgabehilfe bei „Hallo Einstein“ betreut.

Die Einrichtung fördert vor allem Kinder und Mütter in direkter Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen. So soll die Integration vor Ort vorangetrieben werden. Neben Freizeitangeboten und Elternberatung bietet „Hallo Einstein“ auch Hausaufgabehilfe an, sowie Fortbildungen für Lernhelfer*innen.

Bei dem Besuch kamen die beiden Politikerinnen mit der Einrichtungsleiterin ins Gespräch und konnten im direkten Austausch klären, wo von Seiten der Politik noch Unterstützungsbedarf bestehe. Fragen bestanden in erster Linie zum Thema Bildungs- und Teilhabepaket und Aufstockung des Personals. Frau Volk vom Kulturtreff Roderbruch hatte außerdem noch Fragen zum Hannover AktivPass.

Frau Bartels berichtete von der positiven Wirkung der Lernförderung für zugewanderte Kinder in der Bildungsinitiative: „Wir stärken diesen Kindern den Rücken, damit sie es in der Schule leichter haben – und zwar mit großem Erfolg“. Kerstin Tack machte sich bei dem Be-

such ein Bild von der Arbeit und war sich sicher: „Das Bildungs- und Teilhabepaket, durch das die Lernförderung ermöglicht wird, hat sich in dieser Einrichtung direkt bewährt und die ist besonders wichtig, denn wir wollen, dass es jedes Kind packt!“. Regina Hogrefe betonte: „Die Region Hannover kann hier auch in Zukunft unterstützend zur Seite stehen und dafür sorgen, dass die Integration klappt.“

Im Anschluss besuchten die Politikerinnen außerdem noch die Einrichtung „Clownswohnung“ im Roderbruch und am Nachmittag ging es für Kerstin Tack noch zum Jubiläum 20 Jahre NachbarschaftsdienstLaden, NaDiLa im Sahlkamp.



v.l.n.r.: Kerstin Tack, Regina Hogrefe, Rahel Stank, Erika Bartels, Petra Volk

„Hallo Einstein“ hat seinen Sitz im Roderbruch und wendet sich an Kinder und deren Eltern mit Migrationshintergrund.



20 Jahre NaDiLa Sahlkamp

Kerstin Tack besucht die Kinderladen-Initiative „Krabbelvilla“



Kerstin Tack besucht die Kila-Ini „Krabbelvilla e.V.“

Eine Erzieherin unterwegs mit dem Lastenfahrrad

Kerstin Tack besuchte die Kinderladen-Initiative (Kila-Ini) „Krabbelvilla“ in der List. Zusammen mit der Bezirksbürgermeisterin Irma Walkling-Stehmann und Marc Hansmann wurde sie von den Erzieherinnen Tamara von Biedersee, Nicole Pras und ihrem Team auf ein Frühstück eingeladen mit anschließender Besichtigung der Einrichtung.

Eine Kila-Ini ist keine gewöhnliche Kindertagesstätte. Eltern können an der Gestaltung des Lebensraumes und der pädagogischen Arbeit aktiv mitwirken. Beispiele für Elternämter sind: Einkauf von Lebensmitteln, Hygiene und Sicherheit, Hausmeisterarbeiten oder Veranstaltungsorganisation.

Vor Ort kümmern sich die Erzieherinnen professionell um die Kinder und werden dabei von einer FSJlerin und einer Jahrespraktikantin unterstützt. Aus den Räumlichkeiten, in denen zuvor eine Arztpraxis lag, hat das Team viel in Eigenregie und mit viel Liebe gemacht. Zurzeit werden 15 Kinder betreut. Hier gibt es viel Platz zum Spielen und Kreativsein. In der Einrichtung ist alles zu finden, von einem großen Bällebad über einen Raum zum gemeinsamen Ausruhen, einer schönen Küche bis zu einem langen Tisch für eine große Frühstücksrunde.

Kerstin Tack zeigte sich beeindruckt von der Arbeit der Kila-Ini: „Die gute Zusammenarbeit von Erzieherinnen und Eltern in der Einrichtung ist vorbildhaft für den Stadtteil und für die Kita-Landschaft in Hannover.“

Das findet auch die Bezirksbürgermeisterin Irma Walkling-Stehmann, die die Kila-Ini schon häufiger besucht hat. Zur Unterstützung der guten Arbeit hat die Einrichtung vom Bezirksrat ein Lastenfahrrad erhalten. „Es ist regelmäßig im Einsatz und die Kinder freuen sich auf jeden Ausflug.“, so Tamara von Biedersee. „Gute Arbeit muss eben auch mal belohnt werden“, so Irma Walkling-Stehmann.

Im Gespräch mit den Politiker*innen erörterten die Erzieherinnen, wo die Politik der Kita noch unterstützend unter die Arme greifen könne. Ein zweites Rad wäre ein Traum für die Einrichtung und es wurde nach Unterstützung bzgl. Jahreskarten für öffentliche Einrichtungen gefragt.

Bessere Bedingungen in der Pflege kommen!

Beschäftigte in der Altenpflege arbeiten bald zu deutlich besseren Bedingungen: Das Pflegelohneverbesserungsgesetz kommt. Damit schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass Pflegerinnen und Pfleger endlich die Anerkennung erhalten, die sie verdienen.

Die Pflege ist einer der härtesten Jobs, sowohl körperlich als auch psychisch. Der Beitrag von Pflegerinnen und Pflegern für die Pflegebedürftigen und für die Gesellschaft als Ganzes verdient Respekt und Wertschätzung – und damit auch eine gerechte Entlohnung und vernünftige Arbeitsbedingungen. Wir sind mitten im demografischen Wandel, die Pflege gewinnt damit massiv an Bedeutung. Vor allem in der Altenpflege müssen sich die Bedingungen deshalb deutlich verbessern.

Mit dem Pflegelohneverbesserungsgesetz haben wir dafür gleich doppelt Vorsorge getroffen: Die Verhandlungen um einen Tarifvertrag zwischen der neuen Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflege (BVAP) und der Gewerkschaft ver.di haben bereits begonnen. Sobald sich die Sozialpartner auf einen Tarifvertrag geeinigt haben, besteht mit dem neuen Gesetz die Möglichkeit, diesen für die ganze Pflegebranche in Deutschland für gültig zu erklären. Damit werden alle Arbeitgeber verpflichtet, diesen Tarifvertrag einzuhalten.



Falls ein Tarifvertrag nicht zeitnah ausgehandelt werden kann, lassen wir die Pflegerinnen und Pfleger nicht im Regen stehen. Für diesen Fall knüpfen wir mit dem Gesetz nämlich ein Sicherheitsnetz, indem wir die Pflegekommission besser aufstellen und handlungsfähiger machen werden. Auf Basis ihrer Vorschläge ist es der Bundesregierung dann möglich, Lohnuntergrenzen und Mindeststandards für Arbeitsbedingungen in der Pflege für ganz Deutschland festzulegen.

Kerstin Tack als Sprecherin für Arbeit und Soziales im Amt bestätigt

„Vielen Dank an meine Fraktion für das Vertrauen, das sie in mich setzt!“ freut sich Kerstin Tack. Im Bereich Arbeit und Soziales habe die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode viele gute Gesetze geliefert, zum Beispiel den Sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, die doppelte Haltelinie bei der Rente, die Brückenteilzeit und das Rückkehrrecht für Frauen in Vollzeit.



Kerstin Tack wird sich auch weiterhin mit voller Kraft dafür einsetzen, den Sozialstaat als Partner der Menschen aufzustellen. Dazu gehöre unter anderem auch die Eindämmung der sachgrundlosen Befristungen.

Impressum:

kontakt | Ausgabe Dezember 2019
V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de
kerstin.tack.wk@bundestag.de

Redaktion:

Alexandra Dzaack, Heiderose Kelich,
Flemming Krause, Heidi Röder und
Dr. Friederike Storch

Layout und Satz:

Knud Lagershausen
Gedruckte Auflage:
2.500 Exemplare
Redaktionsschluss:
22. November 2019



Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll
S. 1 Kerstin Tack im Gespräch | Fionn Große
S. 3 Matthias Brodowy | Tomas Rodriguez

Jubilarehrungen in den SPD-Ortsvereinen

Kerstin Tack hielt die Laudatio für die diesjährigen Jubilare in einigen SPD-Ortsvereinen, so zum Beispiel in Groß-Buchholz am 13. September. Unter den zu Ehrenden waren der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Klaus Huneke, der für 50 Jahre Parteimitgliedschaft geehrt wurde, sowie Kerstin Tacks langjähriger politischer Wegbegleiter Knud Lagershausen für 25 Jahre. Auch bei der Jubilarehrung im SPD-Ortsverein Vahrenwald-List ehrte Kerstin Tack zusammen mit MdL Alptekin Kirci die Mitglieder mit sehr langer Parteigeschichte, wie z.B. Arthur Specht für 60 Jahre, sowie Detlef Beste, Kurt-Werner Blickweder, Editha Böttcher und Karl Wiegrefe für 50 Jahre. Kerstin Tack wünscht allen Jubilaren herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für die langjährige Treue zur Sozialdemokratie!



Jubilarehrung Groß-Buchholz



Jubilarehrung Vahrenwald-List zusammen mit MdL Alptekin Kirci

Besuche in Berlin



Besucherguppe 5. und 6. November 2019



Besucherguppe vom Bildungsinstitut der Niedersächsischen Wirtschaft am 7. November 2019